

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zustagen; einzelne Nummern 15 Pf
; Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nr. 3
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Peltzelle 20 Reichspfennige, Eingeladn und
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 284

Sonnabend, am 6. Dezember 1930

96. Jahrgang

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. In vergangener Nacht sank die Temperatur nur noch bis auf zwei Grad Kälte und der Mond stand bei weitem nicht mehr so klar am Himmel wie an den vorausgegangenen Nächten. Heute Morgen zogen Wolken aus Süd und Ost herauf, und in der zehnten Stunde begann es leicht zu schneien.

Zwei Einwohner unserer Stadt können in den nächsten Tagen ihren 80. Geburtstag feiern. Am 7. Dezember (morgen) vollendet Orgelbauer Ernst Lohse sein 80. Lebensjahr, am 11. Dezember (Donnerstag) Schuhmachermeister Hermann Rasche. Herzlichen Glückwunsch den beiden rüstigen Allen!

Einer armen Witwe in der Rabenauer Straße wurde in der Nacht zum 5. Dezember ein weißes Kaninchen nach Aufbrechen des Vorhängeschlosses gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet der Gendarmereiposten.

Dippoldiswalde. Montag, den 8. Dezember, vormittags 10—12 Uhr, findet im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft die Wahl zweier Mitglieder des für den Bezirk der Amtshauptmannschaft gebildeten Wasseramtes und der Stellvertreter durch die Mitglieder der Unterhaltungsgenossenschaften statt. Die Wahl erfolgt für die Zeit vom 1. Januar 1931 bis 31. 12. 1933.

Dippoldiswalde. In der Landeskirchlichen Gemeinschaft wird morgen Sonntag im Kinderheim in der Brauhoftstraße Pfarrer Auernmüller, Dresden, einen Evangelisationsvortrag mit dem Thema: „Auf! Begegne deinem Gott“ halten. Der Eintritt ist frei. Siehe Inserat.

Vernichtung von abgefallenem Laub. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß abgefallenes Laub von Bäumen und Beerensträuchern vielfach Keime gefährlicher Pilzkrankheiten, wie Schorf, Mehltau, Blattfallkrankheit usw. beherbergt. Will man verhüten, daß es im nächsten Frühjahr zum Ausgang einer neuen Infektion der Pflanzen wird, so darf es weder im Garten liegenbleiben noch zur Kompostierung verwendet werden. Entweder verbrennt man die Blätter oder gräbt sie unter.

Kampf gegen Bodenungeziefer. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß dem Bodenungeziefer jetzt am vorteilhaftesten Abbruch gemacht werden kann durch Behandlung des Bodens mit Kalk. Für schwere Böden wird hierbei Kalkmilch benutzt, während für leichte kohlen-saurer Kalk oder sogenannter Düngerkalk genügt. Soweit man nicht gleichzeitig auch Boden säure beiseitigen möchte, gibt man den Kalk in kleinen Mengen. Die im Herbst gefallenen Felder müssen gut gedüngt werden, weil sie sonst zu leicht an Nährstoffen verarmen.

Schmiedeberg. Der bei der Arbeiterschaft wie bei der Beamtenschaft gleichermaßen beliebt und seit 28 Jahren bei den Sechswerten tätige Profurst W. Altmann hat gestern vormittag infolge dauernder ungehöriger und schändlicher Behandlung von Seiten des vorgelegten Direktor Köpfe—Dresden zur Waffe gegriffen, um seinem Leben ein Ende zu bereiten. Er schoß sich eine Kugel in die Brust. Der schnell herbeigekommene Arzt Dr. Gernar veranlaßte die sofortige Überführung des Schwerverletzten nach dem Corolahause. Es besteht nach vorgenommener Operation aber wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Nach Bekanntwerden dieser Tat erliefte im Werke die Sirene und die gesamte Arbeiterschaft legte aus Sympathie für Altmann die Arbeit nieder und lehrte nicht eher zur Arbeitsstätte zurück, bis der hier allgemein verhaßte Direktor K. das Werk unter allgemeinem Tumult und Schmährufen verlassen hatte. — Wie verlautet, soll K. im Werke Sporbiß ein ähnlicher Empfang bereitet worden sein.

Glashütte. Auch in unserem Ort hatte der Psycho-Physiognomiker W. Ahlmann aus Chemnitz Gelegenheit, durch Vermittlung des Naturheilvereins, im großen Saale der Uhrmacherschule vor einem Kreis Zuhörer ein anwendbares lehrfähiges System der Menschenkenntnis zu erläutern und auf Grund chronologischer Studien konnte er zu dem reichhaltigen Lichtbildmaterial, den schematischen Darstellungen der Wirbelsäule und dem Aufbau des Gehirns sowie zu den Huterschen Tafeln der Augenaussendruckkunde zur Erkennung von Charakter und Neigung wertvolle ergänzende Erklärungen abgeben. Er wies greifbare Zusammenhänge zwischen Körperform und Charakter nach, die heute auch die medizinische Wissenschaft anerkennt. Am Schluß wurden auch hier praktische Experimente an einigen „beherzten“ jungen Männern vorgenommen, die er treffend charakterisierte und zur weiteren Beweisführung über Erkennen von Anlagen und Neigungen usw. aus dem Äußeren suchte er sich noch weitere „Opfer“ aus den Sitzreihen.

Brüning vor dem Reichstag

Der Reichskanzler nahm im Laufe der Freitag-Debatte im Reichstag Gelegenheit, auf eine Reihe von Argumenten einzugehen, wie sie in der bisherigen Aussprache vorgebracht wurden. Er wandte sich dabei in der Hauptsache an die landwirtschaftlich eingestellten Parteien, um sie darauf hinzuweisen, daß kaum eine Regierung bisher so viel für die Landwirtschaft getan habe, als gerade die jetzige. Man solle sich ja überlegen, welche Folgen es für die Landwirtschaft wie auch für die gesamte deutsche Wirtschaft haben müßte, wenn sich eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung ergeben sollte. Wohl kaum hat auch ein Kanzler so ernst auf die Folgen hingewiesen, die sich daraus ergeben müßten. Der Kanzler hat nicht näher angedeutet, welche Folgen er dabei im Auge hatte. Die Tatsache aber, daß während seiner Ausführungen der Staatssekretär des Reichspräsidenten im Reichstag erschien und aufmerksam den Worten des Reichskanzlers lauschte, ferner die Tatsache, daß der Kanzler am Freitagmittag vom Reichspräsidenten empfangen worden ist, ließ in parlamentarischen Kreisen die Ueberzeugung aufkommen, daß zwischen Reichspräsidenten und Reichskanzler bereits die Maßnahmen festgelegt worden sind, die zu ergreifen sein werden, wenn der Reichstag die Warnungen des Kanzlers in den Wind schlagen sollte.

Auch der Außenminister Dr. Curtius nahm, veranlaßt durch Ausführungen des deutschen Nationalen Abgeordneten von Freitag-Lorringhoden das Wort, um mit großer Entschiedenheit zu betonen, daß sich die deutsche Außenpolitik aktiver erst gestalten könne, wenn durch Beratschlagung des Programms der Regierung die Sanierung unserer Finanzen und Wirtschaft sichergestellt sei. Man hatte allgemein in den Wandelgängen des Reichstages den Eindruck, daß der Reichstag und damit das deutsche Volk vor schwerwiegenden Entscheidungen stehen, wenn der Reichstag die Zeichen der Stunde nicht begreifen sollte.

Die Sitzung

In Fortsetzung der ersten Beratung des Haushalts für 1931 nahm am Freitag zunächst der christlich-soziale Abgeordnete Rippe das Wort, der u. a. erklärte, daß man bessere Vorschläge als die der Regierung in der Aussprache nicht gehört habe. Dringend notwendig sei vor allem die Sanierung der Gemeinden. Die Parteiherrschaft auf den Rathäusern habe der Selbstverwaltung das Grab gegraben.

Abgeordneter Drewig (B. P.) erklärte u. a., daß die Wirtschaftspartei sich dagegen gewehrt habe, daß von den Nachfolgern Luthers und Schliebens die angesammelten Reserven verpulvert wurden. Sie habe immer die Ausgaben-senkung gefordert, aber man sei ihr nicht gefolgt. Jetzt sehe man die Folgen. Die Regierungsparteien sollten ehrlich genug sein, ihre Verantwortung an der Gehaltskürzung bei den Beamten zuzugeben. Von der Regierung sei zu verlangen, daß sie energisch sich gegen die Beamtenorganisationen wendet, die jetzt der Wirtschaftspartei die Verantwortung aufbürden wollten und zum Bon-

tott der Geschäfte aufforderten, deren Inhaber Mitglieder der Wirtschaftspartei seien.

Wenn die Regierung jede Milderung ihrer Notverordnung ablehne, dann werde der Wirtschaftspartei nichts anderes übrigbleiben, als die ganze Notverordnung abzulehnen.

Sie sträube sich keineswegs gegen den Preisabbau, sie habe aber ehrlich ausgesprochen, daß die Preisentzugsaktion der Regierung Spiegelschere sei.

„Die Wirtschaftspartei lehnt die Notverordnung ab“ (Rufe: und ihr Mitglied Drewig ist in der Regierung) Drewig: „Das ist nicht wahr. Wir können nichts dafür, wenn von der Regierung die Presse falsch informiert wird.“

Abg. Rauch-München (Bayr. Sp.): Die Sanierung der Reichsfinanzen ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden erfolgen. Die Gestaltung der erhöhten Tabaksteuer gibt Anlaß zu manchen Bedenken. Wir hoffen, daß die Regierung an ihrer Ablehnung eines Tabakmonopols festhält.

Die Preisentzugsaktion wird vor allem gehemmt durch das Preisdiktat der Kartelle und Syndikate.

Für das deutsche Volk ist es aber eine Schicksalsfrage, daß wir von den hohen Preisen herunterkommen. Es kommt alles darauf an, daß wir Preise, Gehälter und Löhne gleichmäßig senken. Man darf nicht einseitig den einen dieser Faktoren herausgreifen.

Abg. Dr. Weber (Dt. Staatsp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Preisgestaltung unter Mitwirkung der Regierung einen Ausgleich für das den Beamten auferlegte Gehaltsoffer herbeiführt. Wenn die Regierung von der zehrenden Sorge um den Etat befreit sein werde, dann müsse sie sich den außenpolitischen Problemen zuwenden.

Der Kampf um die Abrüstung, die Abwehr der Angriffe auf die deutschen Minderheiten, die Entwicklung des Reparationsproblems seien die vordringlichsten Aufgaben.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Vor dem ganzen Hause muß ich dem Abg. Drewig gegenüber feststellen, daß die Reichsregierung von Ihren Informationen, die sie der Presse gegeben hat, kein Wort zurückzunehmen hat. (Hört! Hört!) Dem Abg. Rauch kann ich erwidern, daß bei den leitenden Beamten der Reichsbahn die gleiche zwanzigprozentige Gehaltskürzung — auch bei den Leistungszulagen — durchgeführt worden ist wie bei den Ministern. Wir haben an die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft die gleiche Mahnung gerichtet und dieser Mahnung ist schon in vielen Fällen bei den Bezügen der leitenden Stellen entsprochen worden. (Ral Ral) Es hat sich überhaupt im Lande eine erfreuliche Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit an den Kürzungen der Reichsregierung gezeigt. Das gilt auch für die Preisentzugsaktion (Lobh. Zurufe v. d. Komm.) Es ist aber notwendig, daß die Preisentzug möglichst schnell bis zu

wurde am Freitag aus dem Untersuchungsgefängnis zwecks Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen einer Krankenanstalt zugeführt.

Dresden. Die Superintendenturen von Dresden-Land und -Stadt richteten an alle Glieder der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Dresdens einen Aufruf zu einer Fastenwoche, in der es heißt: „Wir stehen in einer furchtbaren Not. Kleine Mittel helfen nicht mehr, etwas Großes muß geschehen! Dazu kann es nur kommen, wenn weite Kreise sich freiwillige wirkliche Bezüge auflegen, dem Nächsten zu Liebe und Gott zur Ehre. So rufen wir alle, die überhaupt noch über Existenzminimum stehen, zunächst einmal zu einer großen gemeinsamen Liebestat auf, und zwar zu einer freiwilligen Bezugswoche, vom 2. bis 3. Adventssonntag (7.—14. Dezember), die wir eine evangelische Fastenwoche nennen wollen. — Wer den Ertrag seines Fastens ihm bekannten Kollektenden persönlich zuführen will, dem sei es ungenommen. Im allgemeinen bitten wir um einer möglichst gerechten Verteilung willen, daß jeder nach einer gewissenhaften Schätzung dessen, was er durch sein Fasten erspart hat, den entsprechenden Geldbetrag seinem Gemeindepfarramt zuführt, entweder in die Pfarramtstanzel oder am 3. Adventssonntag (dem 14. Dezember) in die Gottesdienstkollekte.“

Wetter für morgen:

Zeitweise auffrischende, allmählich nach West drehende Winde, meist stark bewölkt; Neigung zur Nebelbildung. Zunahme der Temperatur; zeitweise Niederschlag, anfangs nur schwach.